

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. A. und Umgebung.

Janus-Post.

Bezugspreis: Monatsabonnement RM 1.75 einschl. Trägerlohn, Wochen-
karte 45 P. — Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche Redaktion,
Druck und Verlag Kurt Vögel, Bad Homburg v. d. A.

Anzeigenpreise: Die 6 gespalt. 48 mm breite Zeile 15 P., auswärts 20 P., im Reklameteil 92 mm breit 50 P.
Eingelnummer 15 P.

Homburger Lokalbatt

Telefon 707.

Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstraße 26.

Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nummer 61

Montag, den 14. März 1927

2. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Chamberlain ermächtigte den Genfer Berichterstatter der „Daily News“ zur endgültigen Feststellung, daß die Frage der Zurückerstattung gewisser vormaliger deutscher Kolonien zwischen ihm und Dr. Stresemann nicht erörtert worden sei.

— Reichsminister Dr. Stresemann stellte dem polnischen Außenminister Jasek einen Gegenbesuch ab, der etwa eine Stunde dauerte.

— Die demokratischen und sozialdemokratischen Abgeordneten, die den Gewerkschaften und Mittelstandskreisen nahesteht, haben im Reichstag gemeinsam einen Antrag eingebracht, in dem zur Bekämpfung hoher Monopolpreise die sofortige Errichtung eines Kartellamtes zur Beaufsichtigung der Kartelle und Syndikate gefordert wird.

— Ministerialdirektor Posse, der Leiter der deutschen Handelsvertragsdelegation, ist nach Paris zurückgekehrt. Es werden die Verhandlung mit der französischen Wirtschaftsdelegation, die während des Aufenthaltes von Ministerialdirektor Posse in Berlin unterbrochen waren, sofort wiederaufgenommen werden.

— Das dänische Königspaar, das infolge der Reise, ist von Cannes kommend in Paris eingetroffen. Es gedenkt, bis zum 16. März dort zu bleiben.

— Die deutsch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen sollen am 17. d. M. in Berlin fortgesetzt werden.

Churchill und der Weltkrieg.

Unter dem Titel „Die Weltkriege“ hat der englische Minister Churchill ein bemerkenswertes Buch über den Verlauf des Weltkrieges geschrieben. Churchill war stets der Hauptvertreter der „östlichen Schule“, wobei er im allgemeinen Lloyd George und die meisten Minister auf seiner Seite hatte, während der britische Generalstab durchweg im Vorn der französischen Theorie stand, daß die Entscheidung im Westen gesucht werden müsse. Churchill hat seine Ansicht nicht geändert, sieht er im Gegenteil durch die Schlussergebnisse des Krieges bestätigt, da die Front der Mittelmächte in Bulgarien durchstießen wurde, um sich nicht wieder zu schließen, vielmehr dann rasch ihre Widerstandskraft zu verlieren. So bleibt er auch dabei, den Angriff auf die Dardanellen für richtig zu halten, und bedauert nur, daß er nicht wiederholt wurde.

Joffre, Rivelle, Haig, Robertson, aber auch Falkenhayn und Ludendorff sind ihm kurzfristige Berufscollegen, die nach der alten Schablone handelten, möglichst große Menschenmassen gegeneinander ins Treffen führen, ohne sich hinsichtlich zu überlegen, ob der strategische Wert des Gewinns einiger Quadratkilometer die furchtbaren Opfer dieser Methode aufwiege. Nur den Rückzug der Deutschen auf die Hindenburg-Linie läßt er als eine geistvolle Ausnahme von diesem trostlosen Schematismus gelten. Er verurteilt alle großen Offensiven an der Westfront, und er lobt den deutschen Kronprinzen, weil er die Angriffe auf Verdun mißbilligt habe. Er deckt bei dieser Gelegenheit den Umfang auf, den die Meutereien im französischen Heer angenommen hatten, und läßt erkennen, daß die Stimmung unter den britischen Truppen nach dem Gegenstand von Passchendaele nicht sehr verschieden von der der Franzosen war.

Vor allem aber räumt er mit der Behauptung auf, mit der die verbündeten Generalstäbe ihre Methode zu verteidigen pflegten, daß nämlich das Menschenmaterial der Deutschen auf diese Weise aufgearbeitet werde. Er berechnet, daß von Anfang 1915 bis Ende 1917 auf 2 100 000 deutsche Verluste 4 123 000 Verluste der Briten und Franzosen kamen, daß mithin für jeden deutschen Soldaten ungefähr zwei Verbundsoldaten außer Gefecht gesetzt wurden. In der großen Offensive Ludendorffs im März 1918 hätten zum ersten Male die deutschen Verluste diejenigen der Verbündeten übertraffen. In der ersten Sommerschlacht hätten die Deutschen 537 000 Mann, die Verbündeten aber nahezu 800 000 verloren. Churchill fährt eine Stelle aus einem Brief Robertsons an, worin dieser an Haig schreibt, daß er mehr aus Instinkt an den Offensiven im Westen festhalte, als daß er gute Gründe für sie anföhren könnte. „Das sind schreckliche Worte“, sagt Churchill, „um die Hinopferung von nahezu 400 000 Mann zu rechtfertigen!“

Die Offensive, die er zu Lande verurteilt, hätte Churchill dagegen in der einzigen Seeschlacht des Krieges angewandt gewünscht. Er empfindet die Schlacht am Skagerrak als eine britische Niederlage, weil die britischen Verluste die deutschen bei weitem übertrafen. Jellicoe ist ihm ein ebensolcher Schematiker wie die Generale der Landheere; er habe vergessen, daß er gerade so gut über Torpedos verfügte wie die Deutschen, und habe überhaupt geglaubt, daß eine moderne Seeschlacht auf dieselbe Weise verlaufen müsse wie die Schlacht von Trafalgar. Im übrigen darf Churchill aber mit der Ausnahme, die sein Buch gefunden hat, zufrieden sein, und namentlich seine Darstellung der Fehler an der Westfront hat auf das englische Volk einen tiefen Eindruck gemacht. Wir Deutsche wollen hierbei anerkennen, daß Churchill dem Gegner durchweg gerecht wird und namentlich der Tapferkeit unserer Soldaten ein glänzendes Zeugnis ausstellt; von der gefälligen Psychologie der Kriegszeit ist in dem Buch kaum noch eine Spur zu finden.

Eine wichtige Ratstagung.

Erledigung der oberschlesischen Schulangelegenheit.

Die Samstagssitzung des Völkerrundrates in Genf brachte die Erledigung der oberschlesischen Schulfrage. Es handelt sich dabei, wie aus dem Bericht des kolumbischen Staatsmitgliedes Urrutia hervorgeht, um eine Lösung, die lediglich eine Regelung für die gegenwärtig umstrittene Frage der Schulzugehörigkeit bringen will und soll. Im Interesse der kurzzeit des Unterrichts beraubten Kinder und der durch Zwangsmaßnahmen betroffenen Eltern soll dadurch ein Weg geschaffen werden, um die sofortige Einschulung der Kinder herbeizuführen. Eine schnell funktionierende oberste Entscheidung soll für alle etwa noch vorliegenden Streitfälle geschaffen werden.

Das Verfahren läuft darauf hinaus, Kinder mit deutscher, wie auch solche mit doppelter Sprache, soweit die Eltern das wünschen und die Möglichkeit zur Verfolgung des Unterrichts gegeben ist, in Minderheitenschulen zuzuführen. Die letzte Entscheidung liegt beim Präsidenten Calonder, der auf Kosten Polens durch einen schweizerischen Pädagogen bei der Behandlung dieser Frage unterstützt wird. Im Schlußsatz betont der von Rat genehmigte Bericht, daß es sich lediglich um eine Sondermaßnahme zur Regelung eines durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 nicht vorgesehenen Falles handelt, daß aber das vorgesehene Verfahren in seiner Weise dahin ausgelegt werden dürfe, als umfasse es eine Abänderung der Bestimmungen dieser Konvention.

Auf diese Tatsache wies Reichsminister Dr. Stresemann in einer von ihm abgegebenen Erklärung hin. Er führte dabei etwa folgendes aus: Die deutsche Regierung betrachtet diesen Vorschlag als einen Ausweg aus den Schwierigkeiten, die hinsichtlich der Minderheitenschulen entstanden waren. Sie möchte aber auch darauf hinweisen, daß der Bericht, wie es insbesondere seine letzten Zeilen dartun, die Rechtsfrage offen läßt. Die Genfer Konvention bestimmt ohne Zweifel, daß die Erklärungen der Eltern und Erziehungsberechtigten weder nachgeprüft noch angefochten werden können. Es muß deshalb als rechtlich unzweifelhaft angesehen werden, daß sogar ein Kind mit ausschließlich polnischer Sprache zur deutschen Minderheitenschule zugelassen werden kann, weil das von den Eltern oder Erziehungsberechtigten gewünscht wird. Dieser Grundsatze wird auch in Zukunft in vollem Umfang aufrecht erhalten werden.

Der Bahnschutz im Saargebiet.

Eine bedeutsame Rede Stresemanns.

Nachdem begann der Rat mit der Frage der Einrichtung des Bahnschutzes im Saargebiet, wobei zunächst Scialoja seinen Bericht vorlegte, der jedoch, wie erwartet, keinen Entscheidungsvorschlag enthält. Nachdem begründet der Präsident der Saargebietskommission, Stephens, den bekannten Kompromißvorschlag und hebt in wirksamer Weise die Gründe hervor, die die Annahme dieses Kompromisses empfehlen. Darauf ergriß das Wort

Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Er verlas eine sorgfältig formulierte Erklärung, die darin gipfelte, dem Völkerrund die Aufnahme verschiedener Zusätze zu den vorliegenden von Scialoja begründeten und von Stephens eröffneten Vorschlägen nahezu legen.

Es handelt sich um folgende vier Punkte: 1. Abzug der Truppen zu einem festen in Genf bestimmten Termin; 2. Herabsetzung der Zahl der Bahnschutztruppen auf ein vernünftiges Maß von einigen hundert Mann; 3. Festlegung des internationalen Charakters der zu schaffenden Sonderformation; 4. Festlegung der Bestimmung, daß die Bahnschutztruppen nur unter außerordentlichen Umständen Befugnisse gegenüber der Bevölkerung erhalten.

Der Reichsminister begründete diese Erfordernisse in wirksamer Form damit, daß die Schaffung einer besonderen Bahnschutztruppe im Vertrag von Versailles nicht vorgesehen sei und deshalb gegenüber ihrer Schaffung ein Vorbehalt zu machen sei. Die deutsche Regierung würde jedoch diese Frage nicht zum Anlaß nehmen, um prinzipielle Grundsätze zum Austrag bringen zu lassen und sich mit dem Kompromiß abfinden, wenn den vorerwähnten Forderungen Rechnung getragen werden könnte. Der Reichsminister, der sich gegen jede Vertagung der Frage ausgesprochen hatte, richtete in seinem Exposé, das den deutschen Standpunkt zu den einzelnen Fragen des näheren begründete, an den Völkerrundrat die Bitte, den Bericht und seine Einwände vielleicht im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Regierungskommission zu prüfen und festzustellen, ob alle diese Fragen hinreichend geklärt sind, ob nicht vielmehr ein Mißverhältnis zwischen der vorgesehenen Zahl der Schutztruppe und dem von Scialoja selbst unterstrichenen Bedürfnis nach Erleichterung der Wohnungsverhältnisse bestehe. Dr. Stresemann wies dann weiter auf die scharfe Unterscheidung hin, die der Vertrag selbst für besetztes Gebiet, das einer internationalen Behörde unterstehe, und für das Saargebiet, das dem Völkerrund mit seinen 56 Mitgliedern unterstehe, macht: „Der Völkerrund besteht aus Nationen, die nicht nur unsere ehemaligen Kriegsgegner umfassen“. Er wolle jedoch keinen offiziellen Antrag stellen, wie auch der Bericht Scialojas das

nicht getan habe, während der Präsident der Regierungskommission lediglich die Prüfung des Vorschlages empfohlen habe. Er schlug deshalb als Diskussionsbasis die oben erwähnten vier Punkte vor, die er dieses Mal im Gegensatz zu seinen übrigen in deutscher Sprache gemachten Ausführungen in französischer Sprache formuliert verlas und schloß mit dem Hinweis darauf, daß er sich auch bei diesem Vorschlag in einer schwierigen Situation befinde und keinen Instruktionen seiner Regierung, sondern nur seinem Gewissen folge, ebenso wie das in der oberschlesischen Schulfrage geschehen sei. Denn ihm seien praktische Lösungen wichtiger als theoretische Bedenken, wie er sie im gegenwärtigen Fall gegenüber der Schaffung des Bahnschutzes selbst, für den der Versailler Vertrag keine Rechtsbasis abgibt, zurückgestellt habe. Er appellierte dann an das allseitige Interesse, das für die Schaffung einer Grundlage zu einer einmütigen Entscheidung des Rats bestehe.

Die Aufwertungsfrage.

Ein neuer Gesetzentwurf der Reichsregierung.

Nach einer halbamtlichen Meldung aus Berlin wird der vom Reichsjustizminister angekündigte Gesetzentwurf zur Aufwertungsfrage in den ersten Tagen der nächsten Woche den Reichsrat beschäftigen und dann am Freitag im Reichsausschuß des Reichstags zur Behandlung kommen. Da es sich um schwierige juristische Fragen handelt, kann die Beratung im Plenum des Reichstags sich bis in den April hineinziehen.

Das Reichskabinett hat den Gesetzentwurf bereits verabschiedet. Er ist durch das zuständige Ministerium den Aufwertungsachverständigen der Fraktionen zugeleitet worden. Der Gesetzentwurf wird ausdrücklich nicht als Novelle zum Aufwertungs-gesetz bezeichnet, sondern als ein Gesetz zur Regelung der Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und ihrer Umwandlung in Grundschulden, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß es sich um eine Ergänzung der Aufwertungsregelung handle, die Anlaß zu neuen großen Hoffnungen geben könne.

Der Gesetzentwurf hat lediglich den Zweck, eine Reihe von Streitfällen juristisch-technischer Art zu regeln, die sich aus der bisherigen Praxis des Aufwertungs-wesens ergeben haben. Außerdem erhält die Regierung am Schluß des Gesetzentwurfs eine Art Generalvollmacht, die übrigen Fragen der Rechtsverordnung zu regeln. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger erfährt, finden heute Abend noch Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und dem Reichsfinanzminister statt, um noch einige Zugeständnisse in der Richtung von Erleichterungen vom Finanzministerium zu erlangen. Es verläutet, daß der Reichsfinanzminister sich bereits damit einverstanden erklärt hat, Kleinrentnern, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, die sofortige Einlösung der Anleiheablösung zuzugestehen.

„Unterirdische Organisationen.“

Zur Deuterei bei der Marine.

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs vernahm den kommunistischen Schriftsteller Willi Sachse, der während der Unruhen auf der Flotte im Jahre 1917 verhaftet und zu Zuchthaus verurteilt wurde. Sachse erklärte, von seinem Zeugnisverweigerungsrecht so weit Gebrauch machen zu wollen, als er von etwaigen Auslagen Nachteile für sich befürchten müsse.

Der Zeuge gab eine zusammenhängende Darstellung der von ihm und seinen Gefinnungsgenossen geschaffenen „unterirdischen Organisationen“ auf der Flotte. Von der Haltung der Sozialdemokratie sei er enttäuscht gewesen, und vom Frühjahr 1915 an habe die Richtung, die eine Klassenbewegung neue Organisationen für nötig hielt und die in dem Abgeordneten Liebknecht ihren geistigen Führer sah, Ausbreitung auf sämtlichen Schiffen der Hochseeflotte gewonnen. Dem leitenden Zentralkomitee gehörte auch Sachse an. Die Bewegung war aber selbständig, ohne Verbindung mit Abgeordneten, Entschlossen und behielt diese Selbständigkeit jederzeit bei.

Ihre propagandistische Nahrung zog die Bewegung aus der Untätigkeit der Flotte und aus der angeblich nicht befriedigenden Ernährung und Behandlung. Zur Zeit der Skagerrakschlacht betrug die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder schon über 3000. Die Liste dieser Geheimverbindungen wurde von der Flottenleitung gefunden, aber in ihrer Bedeutung nicht erkannt und vernichtet. Nach der Abweisung der U.S.B. von der Sozialdemokratie sah die Organisation um Sachse in der U.S.B. ihre Partei. Die Matrosen sahen sich genötigt, die Durchführung der auf Einrichtungen der Menagemissionen bezüglichen Verordnung des Staatssekretärs des Reichsmarine-ministeriums von ihren Offizieren zu erzwingen. Darüber, ob Mannschaften berechtigt seien, in diesem Falle zur Widergesetzlichkeit gegen Vorgehens zu schreiten, fragten die Matrosen Reichs- und Sachse bei maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin, zu denen auch der Abgeordnete Dittmann gehörte, an. Sachse bestätigte in der Hauptsache, was Dittmann über die Angelegenheit auszusagen bereits befähigt war.

Ein belgischer Protest.

Gegen die Vergewaltigung der Graff-Mörder.

Wie aus Genf gemeldet wird, beklagte sich der belgische Außenminister Vandervelde bei Dr. Stresemann über die Gnadenmaßnahme gegenüber den beiden vom Stettiner Gerichtshof wegen Ermordung des belgischen Leutnants Graff verurteilten deutschen Polizeibeamten und wies dabei auf den bedauerlichen Eindruck hin, der dadurch in Belgien hervorgerufen worden sei. Vandervelde hatte darauf eine neue Unterredung mit Staatssekretär v. Zäuberer, dem er sein lebhaftes Bedauern ausdrückte, daß die Strafmitteilung gewährt worden sei, ohne daß die belgische Regierung sonderiert oder auch nur davon in Kenntnis gesetzt worden sei.

Nach dieser Unterredung richtete Vandervelde an Reichsaussenminister Stresemann ein Schreiben, in dem er ihm im Namen der belgischen Regierung das Bedauern darüber ausdrückte, daß die von der Reichsregierung übernommenen Verpflichtungen für eine gerechte Sühne des Verbrechens nicht eingehalten worden seien.

Von unterrichteter deutscher Seite wird dazu mitgeteilt, daß die in der belgischen Note gegen das Verhalten der deutschen Regierung erhobenen Vorwürfe nicht begründet sind. Eine Umwandlung der vom Schwurgericht in Stettin über die beiden deutschen Polizeibeamten verhängten Todesstrafe in eine zehnjährige Gefängnisstrafe entspricht der in derartigen Fällen verfolgten Gnadenpraxis der deutschen Justiz und wird in der Tat für eine angemessene Sühne angesehen werden müssen. Die Verpflichtungen, die die deutsche Regierung gegenüber der belgischen Regierung übernommen hat, sind daher in jeder Beziehung eingehalten worden. Die belgische Note wird entsprechend beantwortet werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Carlsen (Soz.), die Beratung eines Antrages auf Erhöhung der Jugendrenten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

wiederholt seine gestrige Erklärung, daß die Regierung die Renten erhöhen und einen Teil der Kosten übernehmen wolle. Die Einzelheiten der Rentenerhöhung habe der Vertreter des Arbeitsministeriums heute im Ausschuss mitgeteilt. Die neue Gesamtleistung bei Durchführung dieser Vorschläge würde 120 Millionen im Jahre betragen. Davon würde das Reich den dritten Teil wenigstens vom nächsten Jahr an zu tragen haben. Für dieses Jahr ständen andere Quellen zur Verfügung. Wenn die Angelegenheit im Ausschuss noch nicht erledigt werden konnte, so liege das an der Überlastung mit einer Menge schwieriger Fragen, die gleichzeitig dringend geworden seien: Außenpolitik, Finanzpolitik, Arbeitszeit usw. Dazu komme noch, daß der Finanzminister ganz neu in seinem Amte sei. Es liegt der Regierung fern, mit der Not der Arbeitslosen zu spielen. Die Beratung im Plenum könne aber noch keinen Nutzen bringen. Die Anträge bedeuten eine Mehrausgabe von 700 Millionen. Da sei eine Vorberatung im Ausschuss nötig.

Infolge Widerspruchs können die Anträge nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden: Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Beim Abschluß

Wohnungs- und Mietgesetzen

berichtet Abg. Hill (Dem.) die Wohnungspolitik des preussischen Wohlfahrtsministeriums. Der Redner polemisiert gegen die Mieterhöhung und erklärt: Wir werden nichts mitmachen, was die Lebenshaltung weiter belastet.

Abg. Hüttmann (Soz.) beantragt: „Die Friedensmiete darf bis 1. März 1928 nicht überschritten werden“. Ferner verlangt er, die Regierung solle ihre Verordnung über Erhöhung der Mieten zurückziehen. Auch die preussische Verordnung, die die gewerblichen Räume freigibt, müsse zurückgezogen werden.

Abg. Voeth (Dnt.) bittet namens des Ausschusses, die Anträge zur Änderung der Mietgesetzgebung abzulehnen. Statt dessen solle man in das Mietrecht eine Bestimmung einfügen, die Geldstrafe oder Gefängnisstrafe androht für die Forderung, Annahme oder Versprechung einer Miete für von der Zwangswirtschaft befreite Räume, sofern diese Miete den von der Landesregierung festgesetzten Hundertsatz übersteigt.

Abg. Winckelmann (D. Sp.) erklärt, der Mieterschutz komme auch wirtschaftlich starken Mietern zugute, während zahlreiche Haus-

besitzer bittere Not litten. Zur Unterstützung kriegsschwacher Mieter müsse ein Teil der Hauszinssteuer verwendet werden. Hausbesitzern dürften nicht anders behandelt werden, als jeder Private.

Ministerialdirektor Conze-Preußen äußert Bedenken gegen den Anschließungsantrag.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stellt fest, daß sich alle Parteien einig seien in den Grundsätzen: Beseitigung der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit, Senkung der Baukosten. Darüber hinaus sei aber die Beteiligung des Privatkapitals und Angleichung der Neu- und Altmieten notwendig. Gärten seien natürlich nicht ganz zu vermeiden. Richtig werde die Lage der Mieter nicht sein, aber die Zeit für eine Mietsteigerung sei heute günstiger als im vergangenen Jahr. Die Löhne wiesen eine steigende Tendenz auf.

Abg. Höllein (Komm.) beantragt, daß die Mieten bis 1. März 1928 nicht gesteigert werden dürfen.

Abg. Tremmel (Ztr.) berechnet an Hand von Beispielen, daß private Bautätigkeit immer noch die doppelte Friedensmiete ergeben müsse, solange die Kreditverhältnisse sich nicht bessern. Ohne öffentliche Bauzuschüsse komme man also vorläufig nicht aus. Eine allmähliche Mietsteigerung sei jedoch unvermeidlich, so schwer ertraglich sie auch für die ärmere Bevölkerung sei.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtsch. Partei) erklärt, der Hausbesitzer bekomme heute nur 20–30 Prozent der Miete. Tatsächlich sei der Hauswirt bei der Zwangswirtschaft der einzige Leidtragende.

Abg. Steiniger (Dnt.) hält die Zahl der Wohnungssuchenden, die von der Linken genannt werde, für weit übertrieben. Nicht spreche dafür, daß es mehr als 100 000 Wohnungssuchende Familien gebe. Der Schritt Hirtfelders verdiene volle Anerkennung unbeschadet des festen Willens, die Zwangswirtschaft zu beseitigen.

Abg. Seiffert (Völk.) verlangt, daß in die Schiedsstellen auch Vertreter der Sparrer berufen werden.

Schließlich verlegt sich das Haus.

Politische Tageschau.

Das Arbeitszeitgesetz. Die Verhandlungen über die Arbeitszeitregelung der Arbeitszeit sind zwischen den Regierungsfractionen wieder aufgenommen worden. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Verzicht auf die freiwillige Mehrarbeit von den Fractionen nicht ausgesprochen werden könne. Ebenso unmöglich erscheint der Fraction die gesetzliche Festlegung eines schematischen Zuschlages von 25 v. H. auf jede Mehrstunde über den Achtstundentag hinaus.

Volksparteilicher Antrag auf Steuerentlastung. Die Reichstagsfraction der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, einen Antrag auf Auseinanderziehung der Einkommensteuer in den mittleren Stufen einzubringen. Die Fraction betrachtet diese Maßnahme als eine Ergänzung der Reicholdischen Senkung der indirekten Steuern als notwendig.

Aufhebung der Gemeindegetränksteuer zum 1. April. Die Reichstagsfraction der Deutschen Volkspartei hat im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der auch von den anderen Regierungsparteien unterstützt wird und der die Aufhebung der Gemeindegetränksteuer vom 1. April d. J. ab fordert. Zur Unterstützung steuer schwacher Gemeinden, die die Getränkesteuer erhoben haben, wird den Ländern für 1927 ein Betrag von 20 Millionen, für 1928 ein Betrag vom Reich von 10 Millionen zur Verfügung gestellt.

Nein neues Volksbegehren. Das Reichskabinett ist entschlossen, das Gesetz zur Wiederherstellung des Volksvermögens, das von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungs-Geschädigten und Mieterorganisationen eingereicht worden ist, zum Gegenstand eines Volksbegehrens machen zu lassen. Der Kabinettsbeschluss wird zur Tat werden, sobald der Reichsjustizminister Hergt die noch ausstehende juristische Begründung dieses Entschlusses fertiggestellt haben wird.

Eine etwas seltsame Pariser Angelegenheit. Das Pariser „Journal“ glaubt zu wissen, daß eine sehr erste Gelegenheit zur Sprache gebracht werde, die in politischen Kreisen eine lebhafteste Erregung hervorrufen werde. Die erste Phase der Angelegenheit werde in einem Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität eines Abgeordneten bestehen, der einige Beziehungen zu leitenden Männern des Reichs der Linken habe und der zunächst der fahrlässigen Tötung beschuldigt werden würde.

Fast verstört fuhr er auf; aber er sagte sich schnell, war er doch gewöhnt, sich zu beherrschen! Jedenfalls durfte das junge Mädchen nicht ahnen, welche seltsame Gedanken ihn beschäftigten hatten; ihr und ihrem Vater gegenüber mußte er der leichtfertige, flache und wenig nachdenkende Geschäftstreibende Cornelius Steinert für das Haus W. Didecott u. Co. in Berlin sein; sie durfte nicht ahnen, daß der heitere Lebemann auch tiefere, wärmere Gefühle hege; niemals durfte er ihr zeigen, welchen wunderbar schnellen Eindruck sie auf sein Herz gemacht habe. Mit der ihm eigenen kraftvollen Selbstbeherrschung zwang er sich zu einem heiteren Lachen, zu einem leichten Ton der Antwort, der ihm gerade in diesem Augenblick nicht leicht wurde.

„Geht's der armen Frau besser? Nun, das ist mir lieb, dann habe ich wenigstens nicht vergeblid den schmutzigen Korb und den nicht ganz appetitlichen dicken Jungen geschleppt! Es war eine närrische Idee von mir; als ich aber die Frau im Grabe sitzen sah, konnte ich dem lustigen Einfall nicht widerstehen. Cornelius Steinert mit einer Keule auf dem Rücken und einem dicken Wadus auf dem Arm! Ich wünschte nur, meine Berliner Freunde hätten mich gesehen, ich muß eine prächtig lächerliche Figur gespielt haben. Nicht wahr, mein gnädiges Fräulein? Ich habe nämlich die Ehre, mich Ihnen vorzustellen als Cornelius Steinert aus Berlin. Ich reise für das Haus W. Didecott u. Co., und bin im Begriff, Ihrem Herrn Vater, mit welchem ich in Geschäftsverbindungen zu treten hoffe, meine Aufwartung zu machen. Herr von Heilwald, den ich gestern zufällig im Sternkrug traf, hat mir gütigst erlaubt, ihn zu besuchen.“

Er hatte mit großer Jungengelauntheit und seiner unfehlbaren Selbstgefälligkeit, durch welche die Berliner Handlungsreisenden sich auszeichnen pflegen, gesprochen, aber zu seinem Staunen merkte er, daß seine Worte keineswegs den von ihm erwarteten und gewöhnlichen Eindruck machten. Einen Augenblick schaute ihn wohl Ida halb verwundert und halb erschrocken an, dann aber, als er immer weiter schwatzte, umspielte ein gar liebliches, fast schelmisches Lächeln ihren schönen Mund; sie schüttelte den Kopf und sagte ruhig:

Okales.

Gedenktage für den 16. März.

44 v. Chr. Julius Cäsar in Rom ermordet (* 100 v. Chr.). — 1814 Karl Friedrich von Friesen, Freiheitskämpfer und Mitbegründer der deutschen Turnkunst, in La Lobbe von französischen Bauern erschossen (* 1785). — 1830 * Der Dichter Paul Heyse in Berlin († 1914). — * Der Geograph Elise Reclus in Saint-Pol-de-Grande († 1905). — 1842 † Der Komponist Luigi Cherubini in Paris (* 1760).

Eine schwere Konkurrenz für Blinde.

In einigen Ländern sind Heime für entlassene Strafgefangene geplant. Diese Heime sollen den Zwecken haben, entlassenen Strafgefangenen vorerst ein Heim zu bieten, bis sie wieder in der menschlichen Gesellschaft unterkommen und Arbeit gefunden haben. Es soll hauptsächlich dahin kommen, daß die Entlassenen nicht sofort wieder in den Schmutz der Großstadt geraten und ihr in meist sehr langer Strafbast verdientes Geld nicht an einem Tage bzw. in einer Nacht mit ehemaligen Kumpanen verpraßen und dann gleich wieder aus Not neue Verbrechen begehen müssen.

Wie aber und mit was sollen die Strafgefangenen beschäftigt werden? „Mit Korb-, Stuhl- usw. Flechten“, lautet die Antwort. Das wäre für unsere im Lande lebenden und nach dem Weltkrieg erheblich an Zahl zugenommenen Blinden geradezu vernichtend. Diese armen Menschen sind doch durch ihr Schicksal nur an ein paar einzige Verufe gebunden, und gerade die Flechterei ist ein Hauptfaktor ihres Broterwerbs. Durch die geplante Einrichtung wäre ihre ganze Existenz untergraben und vernichtet, und viele, die eben stolz darauf sind, sich selber ernähren zu können, wären dem Bett preisgegeben. Es ist ohnedies schon sehr bedauerlich, daß viele Strafgefangene während ihrer Strafzeit Korb- und Stuhlflechterei erlernen und nach ihrer Entlassung weiter treiben. Sie arbeiten meist selbstständig, ziehen von Haus zu Haus, suchen Flechtarbeit und nehmen den Blinden den Broterwerb noch fort. Auf diese Art und Weise werden die Blindenanstalten existenzunfähig und mühen sich ein. Man sollte reiflich erwägen, ob man nicht andere Arbeit für die entlassenen Strafgefangenen besorgen kann, um den Blinden ihren großen Verdienst und ihre Selbstständigkeit zu belassen.

Wettervorhersage für Dienstag, den 15. März: Keine erheblichen Veränderungen.

Sonderdruck der Postdrucksachenbestimmungen. Von den Drucksachenbestimmungen für den Inlandsverkehr soll in nächster Zeit ein Merkheft hergestellt und zum Einheitspreis von 10 Pf. abgegeben werden. Die Beschaffung des Merkheftes empfiehlt sich hauptsächlich für Geschäfte usw., die öfters Drucksachen zu versenden haben. Bestellungen werden an den Postfachaltern entgegengenommen.

Versuchsballone. Vom 15. bis 19. März und vom 19. bis 23. April steigen an vielen Orten Europas (auch in Deutschland) zu wissenschaftlichen Zwecken unbemannte Versuchsballone auf. Der Finder eines solchen wird gebeten, ihn samt dem daran befindlichen Selbstschreibgerät sorgfältig zu behandeln und nach der am Ballon oder am Gerät befindlichen Anleitung zu verfahren. Es wird betont, daß mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit auch ausländische Ballone gerade so behandelt werden müssen, wie die deutschen. In der Regel zahlt die den Ballon absendende meteorologische Anstalt dem Finder eine angemessene Belohnung. Die Ballone sind mit dem leicht brennbaren Wasserstoff gefüllt, daher ist Vorsicht geboten.

Königin Luise-Geler. Am Samstag, den 12. März 1927, fand in dem überfüllten Saale des „Adlers“ die Gedächtnisfeier für die Königin Luise statt. Nach dem Eröffnungsmarsch sprach Frau Umlsgerichs-Schmidt, als Vorsitzende, einige Begrüßungsworte und dankte insbesondere der Prinzessin Adalbert und den Frankfurter Gästen, darunter Herrn Prof. Dr. Pfeiffer für ihr Erscheinen. Daraufhin begannen die „lebenden Bilder“, gefüllt von Frä. Marianne Lepper, „Ereignisse aus dem Leben der Königin Luise“, die Erklärung wurde in Gedächtnisform wunderbar vorgelesen. Die Tänze von Frä. Thery Schullheil Frankfurt gefielen ganz besonders und brachten ihr reichen Beifall ein, besonders der Tanz der Kokodame war entzückend. Herr Prof. Dr. Pfeiffer sprach dann einige kernige Worte und gedachte der Königin

Der Sternkrug.

26) Kriminal-Novelle von Adolf Streckfuß.

Deutscher Probing-Verlag, Berlin W. 66. 1926.

Wie oft hatte er gelacht über das Märchen von einer plötzlich bei der ersten Begegnung das Herz ergreifenden Liebe. „Nur ein Tor oder ein unreifer Knabe kann sich verlieben; die wahre Liebe erwacht nicht aus einem flüchtigen, blendenden Anschauen der äußeren körperlichen Schönheit. Sie entspringt aus der Erkenntnis, daß die Geliebte uns innig geistig- und herzverwandt ist, sie kann daher auch nur das Resultat einer langen und vertrauten Bekanntschaft sein“, so hatte er sich mit voller Überzeugung noch vor wenigen Tagen in einem Freundeskreise geäußert, und heute schon fühlte er nur zu klar, daß er selbst dem Bann der von ihm verdamnten und lächerlich gemachten Liebe verfallen sei, der Liebe bei der ersten flüchtigen Begegnung!

Ja, er liebte Ida von Heilwald, die Tochter des Mannes, den er für einen Mörder hielt, und den er der Strafe des Gesetzes zu überliefern entschlossen war. Er liebte sie, das sagte er sich mit Schmerz, ja fast mit Erbitterung selbst, aber er war entschlossen, sich auch durch diese Liebe nicht von der Erfüllung einer schweren Pflicht zurückhalten zu lassen.

V.

Die Fee von Gromberg.

Steinert war so tief in das wogende Meer seiner erregten, trüben Gedanken versunken, daß er die Außenwelt ganz vergessen hatte; er bemerkte es nicht, daß Ida von Heilwald aus dem Hause trat, daß sie neben ihm stehen blieb, daß sie ihn mit teilnehmender Aufmerksamkeit betrachtete. Er erwachte erst aus seinen Träumen, als sie ihm freundlich anredete.

„Frau Schnurre hat sich zu Bett gelegt, ich hoffe, daß ihr die Anstrengung nichts schaden wird. Nochmals danke ich Ihnen, daß Sie sich meiner armen Kranken mit so warmer Anteilnahme angenommen haben.“

„Geben Sie sich keine Mühe, Herr Steinert! Sie werden mich nicht zu dem Glauben bringen, daß ich meiner armen Frau Schnurre nur einer lustigen Grille wegen geholfen haben! Ich kenne Sie besser, als Sie glauben!“

„Sie kennen mich, gnädiges Fräulein?“

„Ja! Frau Schnurre hat mir treulich jedes Wort berichtet, welches Sie zu ihr und zu dem kleinen Fritz gesprochen haben; sie hat mir auch erzählt, daß Sie im ersten Augenblick nach der Bärse gegriffen hätten, um ihr ein Almosen zu geben, daß Sie aber dann sich eines Besseren besonnen, ihr den Korb und den Knaben getragen haben. Ich danke Ihnen dafür. Sie würden die arme Frau durch ein Geldgeschenk tief gekränkt haben, während sie Sie jetzt wie einen Gott verehrt.“

Ida sprach so einfach und natürlich, so offen und ehrlich, daß Steinert sich fast des Versuches, sie zu täuschen, schämte. Ihr gegenüber konnte er den frivolen Ton, den er angenommen hatte, nicht durchführen, es war ganz unmöglich; er brach deshalb lieber das Gespräch über diesen Gegenstand ab und fragte nur einfach, ob er wohl die Ehre haben dürfe, das gnädige Fräulein auf dem Wege nach Gromberg zu begleiten. Er sprach zugleich seine Verwunderung aus, daß die junge Dame es wage, so allein durch die viel verrufene und viel gefürchtete Diebesheide zu wandern.

Ein düsterer Schatten flog bei diesen Worten Steinerts über Idas schönes Gesicht.

„Haben Sie auch von den furchtbaren Geschichten gehört, welche man sich von unserer armen Gegend erzählt?“

Als er bejahte, fuhr sie fort: „Es ist mir lieb, Herr Steinert, daß Sie selbst das Gespräch auf diesen Gegenstand bringen. Ich kann jetzt wohl eine Bitte wagen, die ich gegen einen Fremden nicht aussprechen würde, gegen Sie aber ausspreche, weil ich weiß, daß Sie ein tiefes Gefühl für das Unglück haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Quise dankerfüllt für ihre segensreiche Tätigkeit während der schicksalsschweren Zeit des damigen Krieges. Nach der Pause spielten die beiden Damen Frä. Gurski und Frä. Wewes die „Sonate I“ von Wolfgang Amadeus Mozart, daraufhin begann die Legende in 3 Bildern von Felix Amis „Der heilige Ring vom Rhein“. Abgesehen von einigen kleinen Störungen war das Stück gut gespielt, wurde jedoch im letzten Bild von dem Feueralarm gestört, da die Männer, welche der Feuertwehr angehören, ihrer Pflicht nachkommen mußten und den Saal verließen, ebenso auch ein großer Teil des Publikums.

Einweihung des Ehrenmals in der Erbkirche. Die evangel. Kirchengemeinde vollzog gestern, Sonntag den 13. März, die Einweihung des Ehrenmals in der Erbkirche. Der Volksrauerlag, der schon an und für sich ein Gedenken an unsere gefallenen Helden mit sich bringt, erhielt eine besondere Würde durch Einweihung der Ehrenlafein. Die Kirche war überaus stark besucht. Die Logen, Emporen und der goldene Rundgang waren dicht besetzt. Es sind schätzungsweise 2000 Besucher in der Kirche gewesen. Die von den einzelnen vaterl. Vereinen entsandten Fahnendeputationen (es waren 10), hatten während des ganzen Gottesdienstes am Altar Aufstellung genommen.

Herr Pfarrer Gillschug stellte seine Predigt ganz auf die Bedeutung des Tages ein. Herr Dekan Holzhausen sprach als Vater, der auch seinen Sohn im Weltkrieg verlor, Dankesworte an die Gemeinde für das schöne Ehrenmal. Am Schluß des Gottesdienstes fand die Weihe der Ehrenlafein statt.

Danach schlossen sich die Fahnendeputationen den voranschreitenden drei Geislichen an und nahmen gegenüber dem Ehrenlafein Aufstellung. Wie im Programm angegeben, defilierten beim Verlassen der Kirche die Besucher derselben an den Ehrenlafein vorbei, nochmals der lieben Gefallenen gedenkend. Herr Organist Barth spielte abwechselnd das schöne passende Lied: „Ich halt' einen Kameraden“. Die Feier wirkte erhebend und wird noch lange im Gedächtnis der Einzelnen fortleben.

Die nachmittags veranstaltete Liturgische Feier unter Ansprache des Herrn Pfarrer Wenzel war ebenfalls stark besucht und bildete einen harmonischen Abschluß des Volksrauerlages.

Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ hielt am gestrigen Volksrauerlag auf dem Waldfriedhof am Ehrenmale der im Weltkrieg gefallenen Krieger eine Gedächtnisfeier zu Ehren derselben ab. Herr Polizeisekretär Hilger aus Frankfurt a. M. hielt die Weherede, welche einen tiefen Eindruck hinterließ. Die Reichsbannerkapelle, unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Koop spielte einen Choral und „Ich halt' einen Kameraden“. Die Feier war, wie uns mitgeteilt wird, sehr stark besucht.

Schadenfeuer. In der Nacht vom Samstag, den 12. auf Sonntag, den 13. März brach gegen 11.30 Uhr im Werk 1 der Holz-Schokoladenwerke A. G. zu Bad Homburg ein Schadenfeuer aus, welches jedoch durch die sofortige, tatkräftige Abwehr der Feuerwehr von Bad Homburg, Altdorf und Oberstedden auf den eigentlichen Brandherd, einen Lagerschuppen lokalisiert werden konnte. Die Hauptgefahr war gegen 1.30 Uhr bereits beseitigt. Die eigentlichen Fabrikationsräume und die Maschinen haben durch das Schadenfeuer nicht gelitten, sodaß die ununterbrochene Weiterführung der Fabrikation sicher gestellt ist.

Dem Feuer fielen hauptsächlich Rohstoffe, welche in dem Lagerschuppen untergebracht waren, anheim. Der Schaden selbst an Gebäude-Material ist durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist bisher unaufgeklärt. Das Feuer selbst wurde sofort nach Entleeren von der Fabriknachtwache bemerkt und die Feuerwehren rückten innerhalb kürzester Frist zur Brandstätte aus, sodaß größerer Schaden, besonders das Ubergreifen auf die Hauptfabrik verhindert werden konnte.

Sonzenheim. („Von Hunden angefallen“) Am Sonntagabend wurde Frau St. aus Homburg mit ihrem 5jährigen Töchterchen in der Hauptstraße von Sonzenheim von 2 Hunden eines dortigen Bürgers angefallen. Das Kind wurde zu Boden geworfen, kam aber noch mit dem Schreck davon. Als die Mutter der Kleinen zu Hilfe eilte, wurde sie von einem Hunde in den Arm gebissen und böse zugerichtet. Die erste Hilfe leistete der dicht in der Nähe wohnende Landwirt Herr Immlädter. Die Frau mußte sich in ärztlicher Behandlung begeben.

Altdorf. Der Stadtkassenbuchhalter Braun beim Bezirksamt begehrt heute sein 30jähriges Dienstjubiläum in geistiger und körperlicher Frische.

Regimentsapell der 56er. Laut Beschluß des Vorläufigen Delegiertenlages wird der diesjährige Regimentsapell für die Angehörigen des ehem. Inf.-Regiments Vogel von Falkenstein 7. Weff. Nr. 56 und der Reserveformationen in der alten Herzog- und Garnisonstadt Cleve am 2. und 3. Juli dieses Jahres abgehalten werden. Es liegt bereits jetzt eine große Anzahl von Anmeldeungen der alten Kameraden vor. Trotzdem dürfte es im Interesse des Kameradschaftsgeistes angebracht sein, hiermit alle ehem. 56er zur Teilnahme an diesem Ereignis aufzufordern. Kameraden der 56er, es muß ein großes Wiedersehen am 2. und 3. Juli in Cleve werden! Anfragen sind zu richten an den Kameraden Franz Sundt, Cleve.

Heppenheim. Autounfall an der Bergstraße. In der oberen Vorstadt geriet ein Möbeltransportwagen ins Rutschen und rannte gegen ein Haus, dessen Vorderwand eingedrückt wurde. Das stark beschädigte Haus mußte gestützt werden.

Schöten. (Vogelsberger Heimatfilme.) Gegenwärtig sind hier zwei große Heimatfilme in Vorbereitung. Der eine wird von einer Wiesbadener Firma bearbeitet, der andere von Schürat Lorenz in Lauterbach zusammengefaßt. Der Zweck der Filme ist, die Schönheiten des Rheins-

raums, sowie seine Kunst, Handel und Industrie, nach jeder Richtung hin in bestem Lichte zu zeigen.

Marburg. (Marburg bleibt im Kreisverband.) Wie aus Berlin gemeldet wird, hat das Ministerium des Innern ein Ausschreiben der Stadt Marburg aus dem Kreisverband abgelehnt. Eine solche Entscheidung war zu erwarten, nachdem der Provinzial-Landtag bereits gegen das Ausschreiben gestimmt hatte.

Wiesbaden. (Mißglückter Frit.) Nachdem vor einigen Tagen im hiesigen Landgerichtsgefängnis ein Inhafteter einen Löffel verschluckt hatte, hat jetzt ein anderer diese Prozedur nachgemacht. Der Zweck der Übung sollte sein, nach dem Krankenhaus überführt zu werden, um von dort aus eine bessere Gelegenheit zum Ausbrechen zu haben. Da der Frit durchschaut war, gab man ihnen lediglich Rizinusöl.

Wiesbaden. (Zur Förderung französischer Weinbauinteressenten auf Meistbegünstigung.) Die einmütige Stimmung der Interessenten in den Weinbau treibenden Gebieten Deutschlands gegen die Forderung französischer Weinproduzenten und Weinhändler auf Meistbegünstigungssätze für den französischen Wein in den bevorstehenden Handelsvertrag verlangt, daß die in den Handelsverträgen mit Spanien und Italien bewilligten Sätze unter keinen Umständen unterboten werden dürfen. Nach Ansicht aller an dem deutschen Weinbau interessierten Kreise wird sonst jeder Versuch, den Weinbau zu heben bezw. auf seiner jetzigen Höhe zu erhalten, unmöglich gemacht.

Wiesbaden. (Amtsantritt des Landes-hauptmannes Lutsch.) Landeshauptmann Lutsch hat sein Amt angetreten. Er begrüßte die im Landesauschulsaat versammelten Beamten und führte unter anderem aus, daß in der schweren Zeit während des Krieges und nach dem Kriege an die Beamenschaft der Bezirksverwaltung schwere Anforderungen gestellt worden seien, denen sie sich voll und ganz gewachsen gezeigt habe. Er hoffe, daß die Beamenschaft auch ihn bei Erfüllung seiner Aufgaben mit derselben Pflichttreue und Hingabe unterstützen werde. Andererseits wolle er alles tun, was in seinen Kräften stehe, um die Dienstfreudigkeit der Beamenschaft zu erhalten. Insbesondere hoffe er, daß die gemeinsame Arbeit von einem gegenseitigen Vertrauen getragen werde.

Altdorf a. Rh. (Ein menschliches Skelett gefunden.) Ein unheimlicher Fund wurde von Insassen einer Erziehungsanstalt gemacht. Sie entdeckten im Walde, im Gestrüpp versteckt, das Skelett eines jungen Mannes von etwa 18 Jahren, das mindestens zwei Jahre an der Fundstelle gelegen haben muß. Nur die Schuhe waren noch erhalten. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Altmannshausen. (Ein gefährlicher Kirchenräuber.) Ein Opferstahlplünderer, der auch hier vor einigen Wochen die Opferstade der Pfarrkirche beraubt hatte und von dem Räuber gestellt worden war, entpuppte sich vor Gericht als ein gefährlicher Kirchenräuber, der schon mehrere Straftaten dieser Art auf dem Gewissen hat. Das Gericht verurteilte ihn mit Rücksicht auf die Schwere des Raubes und weil er sich im Rückfall befand, zu zwei Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen.

St. Goarshausen. (Für einen Ausbau der rechtsrheinischen Straße.) Hier fand eine große Kundgebung für den Ausbau der Rheinuferstraße von Wiesbaden nach Niederlahnstein statt, die von den nassauischen Rheininsassen einberufen war. In einer Entschließung wurde von der Reichs- und Staatsregierung die sofortige Einlösung des schon seit Jahrzehnten gegebenen Versprechens der Befestigung der unzulänglichen Zustände auf den nassauischen Rheinuferstraßen gefordert.

Mainz. (Neuer Befehlshaber der Rheinarmee.) Nach einer Pariser Meldung ist an Stelle des Divisionsgenerals Breard General Rampont zum Kommandierenden des 33. Armeekorps (Rheinarmee) ernannt worden. Rampont ist im Jahre 1869 in Straßburg im Elsaß geboren. Während des Krieges leitete er die französische Division in Rußland. Im Januar 1923 nahm er an der Ruhrbesetzung teil.

Aus aller Welt.

Konturs über das Vermögen der Herzogin Maria von Schleswig-Holstein. In der Nacht, daß das Amtsgericht Sprottau über das Vermögen der Frau Herzogin Dorothea Marie von Schleswig-Holstein am 7. März den Konturs verhängte, teilt die Kanzlei der Herzogin u. a. mit, daß bereits im Frühjahr 1926 von einem Gläubiger der Herzogin Konturs beantragt war, aber durch das Geschäftsaufsichtsverfahren über das Vermögen abgewendet wurde. Durch Einigung mit den Großgläubigern hatte die Herzogin im vorigen Dezember die Aufhebung des Geschäftsaufsichtsverfahrens erzielt. Nunmehr hat aber trotz des Fortbestehens des Moratoriums seitens der Großgläubiger der Adolfssohn der Herzogin, der minderjährige Prinz Johann Georg zu Schleswig-Holstein-Glücksburg, vertreten durch den leiblichen Vater, den Prinzen Albert zu Schleswig-Holstein-Glücksburg, Kontursantrag gegen die Adolfsmutter gestellt. Die Ansprüche, die von dem Vertreter des Prinzen erhoben werden, werden im wesentlichen damit begründet, daß die Herzogin, die während der Inflation ihre gesamten Devisen der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stellte, diese nicht im Ausland angelegt habe. Diese Forderungen, welche man im Geschäftsaufsichtsverfahren nicht angemeldet hatte, haben den Prinzen zur Verbeiführung des Konturses veranlaßt. Der Kontursantrag werde mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln bekämpft.

Mord und Selbstmordversuch. In Uelsen hat ein Lokomotivführer Blubau, der dieser Tage aus dem Krankenhaus entlassen werden sollte, seinem mit ihm im gleichen Zimmer liegenden Sohn, dem Reichsbankinspektor Otto Blubau, mit seinem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten und sich dann selbst beide Pulsadern geöffnet. Man fand den Sohn im Sterben und den Vater schwer verletzt vor.

Feuergeschehen zwischen Einbrechern und Polizei. Nachmittags kam es in Berlin in einem Hause in der Tiergartenstraße zu einem Feuergeschehen zwischen Polizei und einem Einbrecher, der sich in die Bodenräume eines Nachbarhauses eingeschlichen hatte. Der Verbrecher gab mehrere Schüsse ab, die von den Polizeibeamten erwidert wurden. Der Einbrecher wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Wiederverhaftung Autistens. Zwan Autister ist wieder verhaftet und nach der Charité in Berlin gebracht worden. Er steht unter dem Verdacht, daß er beabsichtigt habe, eine Erholungsreise zur Flucht ins Ausland zu benutzen, um auf diese Weise dem Berufsverfahren zu entgehen.

Eiserfuchtschlagödie. Aus Eiserfuch hat der 65jährige Schneidermeister Behrend in Berlin seine 15 Jahre jüngere Ehefrau mit einem Hammer erschlagen und sich dann selbst mit Gas vergiftet. Auf der Leiche der Frau lag ein Zettel mit den Worten: Liebe wohl, liebe Frau!

Vergung der Opfer des Latvinienglieds bei Schul. Von den Opfern des Latvinienglieds konnte die Leiche des Fräuleins Rastner aufgefunden werden. Die Rettungsmannschaft war den ganzen Tag beschäftigt. Fräulein Rastner lag nicht tief und war unverletzt. Morgen früh werden die Vergungsarbeiten fortgesetzt, um die beiden letzten Opfer, Konrad Großfing und Konrad Uhl, aufzufinden.

Hochwasser in Frankreich. Infolge der Unwetter steigen die Flüsse weiter an. Besonders die Rhone, die Marne und ihre Nebenflüsse sind gestiegen. In einer Ortschaft des Departements Tarn et Garonne sind drei Personen ums Leben gekommen, als sie eine Ortschaft mit Lebensmitteln versehen wollten, die durch das Hochwasser vom Verkehr abgeschnitten worden ist.

Die Ergebnisse der uruguayischen Flieger. Die erste Erklärung der am Kap Juby angekommenen uruguayischen Flieger enthält die Bestätigung, daß ein Bruch der Delpumpe sie zur Landung zwang. Angesichts des hohen Wellenganges hätten sie nicht an der Küste landen können, da sie Gefahr liefen, mit ihrem Apparat an den Felsen zu zerbrechen. Sie brachten ihr Flugzeug daher ziemlich nahe an das Ufer und retteten sich durch Schwimmen. Die Mauten, die sich in der Nähe befanden, glaubten zunächst, sie hätten es mit spanischen Offizieren zu tun. Sie führten die Flieger in das Innere des Landes und sorgten für Nahrung und Kleidung. Sobald der spanische Delegierte den Mauten das von ihnen geforderte Lösegeld ausgeliefert hatte, wurden die uruguayischen Flieger freigelassen und sind mit zwei französischen Verkehrsflugzeugen nach Kap Juby gebracht worden.

Letzte Nachrichten.

Das Befinden des Reichstagspräsidenten. Berlin, 13. März. Reichstagspräsident Lobe wird nach ärztlicher Auskunft wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen aufstehen dürfen. Die Operationswunde ist fast verheilt.

Massenverhaftungen in Italien. Rom, 13. März. In Livorno wurden nach dem „Messaggero“ 80 umstürzlerische Parteiangehörige verhaftet, die unter dem Deckmantel einer Konsumgenossenschaft Versammlungen abhielten. Es sollen bei einer Hausdurchsuchung in dieser Genossenschaft 2000 Rubel gefunden worden sein.

Ein neuer Mordmordprozeß.

Die Ermordung des Feldwebels Wilms. Vor dem besonderen Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Biegert der Prozeß wegen der Ermordung des Feldwebels Walter Wilms aus Neumünster im Juli 1923. Die Anklage richtet sich wieder gegen den Oberleutnant a. D. Paul Schulz, der wegen Anstiftung angeklagt ist, ferner wegen Mordes bezw. Beihilfe gegen Oberleutnant a. D. Fritz Fuhrmann, Feldwebel Peter Umhofer, Erich Klapproth, Oberleutnant a. D. Stanken, den kaufmännischen Angestellten Adolf Budjinsky, gegen Leutnant a. D. Penning v. Pöser und gegen die Feldwebel Böhling und Fahlbusch, die gestrichelt sind und schon im Landsberger Prozeß als unauffindbar galten. Die Leiche des Wilms wurde am 24. Juli 1923, mit einer zweiteiligen guffahnenen Rabenschuhmuffe von etwa 80 Pfund beschwert, in des Habel gefunden. Die Sektion ergab als Todesursache eine Schädelverletzung durch Kopfschuß.

Nach Feststellung der Personalien beantragte der Verteidiger Klapproth, Justizrat Dr. Sahn, Ausschluß der Öffentlichkeit für die ganze Verhandlung. Das Gericht lehnte jedoch den Antrag ab.

Die Gefangenschaft der uruguayischen Flieger.

Ins Inland verschleppt. — 50 000 Peseten Lösegeld. Ein Sonderkorrespondent des „Matin“ sandte seinem Blatte aus Casablanca einen längeren Bericht über die Befreiung der uruguayischen Flieger, die über dem Ozean zu einer Notlandung gezwungen wurden und sich auf eine Insel retteten, aus dem hervorgeht, daß den Fliegern im Laufe der Gefangenschaft ihre Habe genommen wurde und daß sie, als zwei französische Flieger nach Entrichtung des Lösegeldes sie in Empfang nahmen, noch gar nicht an ihre Rettung glauben wollten, zumal die Mauten, die ihrer Abfahrt beizwohnten, mit entgegengesetzten Gefühlen kämpften, einmal das gegebene Wort zu halten und die uruguayischen Flieger freizulassen, und andererseits noch im letzten Augenblick nicht nur sie, sondern auch die beiden französischen Flieger festzuhalten und aufs neue Lösegeld zu erpressen.

Diesem Konflikt legten die Führer der beiden Fliegerteams am Ende, indem sie, sobald sie die vier uruguayischen Flieger in Bord hatten, rasch aufstiegen.

Rundfunk

Montag, 14. März. 3.30: Jugendstunde. 4.30: — 5.45: Konzert des Hausorch. 5.45 — 6.05: Lesestunde: „Der Prozeß der Marquise von Brinville“ 6.15: — 6.45: Englisch. 6.45 — 7: Englische Literaturproben. 7: „Lohengrin“ Anschl. Tages-Weiler- und Sportdienst. Anschl. Neue Schallplatten.

Dienstag, 15. März. 6.45: Dr. Laven: Gymn. Übungen. 12: Nachrichten und Wetterdienst. 12.55: Neuerer Zeitzeichen. 3: Berliner und Frankfurter Effekten, Frankfurter Produkten 3.25: Berliner Produkten deutsche u. ausl. Baumwolle, Kölner, Berliner u. Hamburger Viehmarkt. 3.30 — 4: Jugendstunde. 4.05: Nachrichtendienst. 4.30 — 5.45: Konzert des Hausorchesters 5.45 — 6.05 Die Lesestunde: Aus dem Roman „Die Budenbroods“ von Thomas Mann. Sprecher D. W. Sturdmann. 6.15 — 6.45: Uebertragung von Kassel. 6.45 — 7.00: Sanitätsrat Dr. Scherf: Die Behandlung der Herzkrankheiten in Bad Orb. 7.00 — 7.30: Dr. Oswald Böß: Alldeutsche Tafelmalerei XXII. 7.30 — 8.00: Schwachkurlus für Anfänger (Prof. Dr. N. Mannheim) 8.00 — 9.30: Abschieds-Gallspiel der Berliner Nelson-Revue 8.30 — 10.15: Selterer musikalischer Abend des Hausorchesters. Anschließend bis 12.30: Uebertragung aus der Frankfurter Filiale des Cafe Sacher, Wien: Tanzmusik.

Sandelssteil.

Warenmarkt. Odo fest, sonst nur geringe Schwankungen.
Effektenmarkt. An der heutigen Börse überwiegt die nachgehende Tendenz. Lediglich einige Spezialwerte konnten Gewinne erzielen. Am Rentenmarkt blieb die Lage unverändert, das Geschäft war still.
Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen 26.70-27.00, Roggen 24.50-24.70, Futtergerste 19.20-20.50, Sommergerste 21.30-24.10, Hafer 19.40-20.20, Mais 18.16 bis 18.30, Weizenmehl 34.25-36.75, Roggenmehl 33.50-35.50, Weizenkleie 15.75-16.00, Roggenkleie 15.00-15.25.

Frankfurt a. M., 12. März.

Devisenmarkt. Die heutigen Kurse lagen fast unverändert.
Effektenmarkt. Zu Beginn des Geschäftes lag die Börse sehr still und lustlos, später konnte sich eine leichte Befestigung ausbreiten. Der Anleihemarkt verkehrte schwächer.

Volkswirtschaft.

Deutsche Bäderei-Fachausstellung.

In Essen wird vom 16. bis 31. Juli die große deutsche „Bäderei-Fachausstellung“ stattfinden, in der die Rohstoffe des Bäderei- und Konditoreiwesens, die technische Einrichtung und die technischen Hilfsmittel des Bäderei- und Konditorei-gewerbes sowie der verwandten Berufe, die Fertigerzeugnisse und ferner die Hilfsmittel und Waren für den geschäftlichen Betrieb der Bädereien und Konditoreien gezeigt werden sollen. Auch die Wissenschaft, Wirtschaft und Kulturgeschichte des Bäderei- und Konditorei-gewerbes wird auf der Ausstellung einen großen Raum einnehmen. Die Vorbereitungen für die Ausstellung haben bereits außerordentlichen Erfolg gezeigt. Auch das Ausland hat bereits ein sehr starkes Interesse er-wiekt.

Sport-Nachrichten.

Fußballtagung in Mannheim.

Der Delegierte des Rheinbezirks, Bender-Bierheim, hatte die Kreisligen, A- und B-Vereine des Vorderpfalzbezirks, sowie der Kreise Neckar, Unterbaden und Odenwald zu einer gemein-

samen Sitzung nach Mannheim eingeladen, um hier zu den wich-tigsten Fragen Meinungen zu hören, sowie gewisse Richtlinien, die den Wünschen der Vereine entsprechen, für die kommenden be-deutungsvollen Tagungen zu erhalten. Der Hauptpunkt betraf wiederum

Die Frage des Spielsystems.

Hier ergab sich nun überraschenderweise eine ziemlich starke Ma-jorität — soweit die anwesenden Vereine in Frage kommen — für die Beibehaltung der seitherigen so oft bekämpften Zehnertliga. Gibt auch die Zusammensetzung der Versammlung — es fehlte vor allem der Hinterpfalzbezirk — kein ganz einwandfreies Bild, so überrascht es dennoch nicht wenig, daß auf einmal wieder große Zustimmung für das alte System herrscht, während man nur die unteren Klassen, von der Kreisligen ab, ausbauen will. Die end-gültige Stellungnahme der Vereine soll einer Rundfrage überlassen bleiben, deren Ergebnis dann dem Delegierten gewisse, wenn auch keine bindenden Richtlinien für seine Haltung bei den kommenden Sitzungen geben soll. Einstimmig wurde dagegen

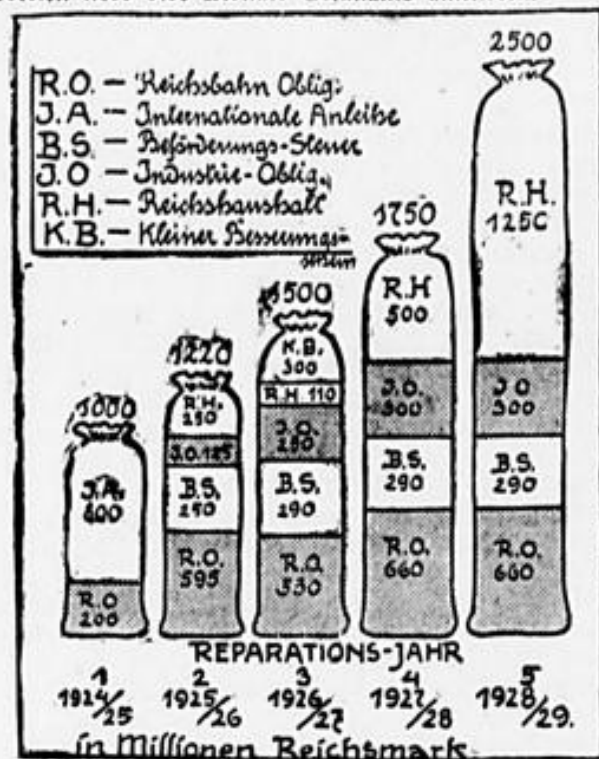
Die Beibehaltung der fünf Bezirke

beschlossen. Weitere bedeutende Fragen sollen von der aus den Herren Bender, sowie je einem Vertreter der Kreise bestehenden Kommission behandelt werden, wie Pokalspiele, Verbandsbeiträge, Sperrbestimmungen und Schiedsrichterverfahren. Es wurden gewählt für Neckarbezirk: Würzburger-Mirshelm, Unterbaden: Hochlehnert-Edingen, Odenwald: Tegen-Vorsh, Vorderpfalz: Krämer-Munden-heim.

Gerichtliches.

○ **Vertrauter Verleumder.** Als ein recht gefährlicher Zeit-genosse entpuppte sich anlässlich einer Gerichtsverhandlung der aus Wüdingen stammende, etwa 26jährige Schicksbudenbesitzer, meist aber erwerbslose Fritz Knaf. Knaf hat vor Jahresfrist den damaligen, inzwischen verstorbenen Bürgermeister Hendt auf dem Wüdingen Bürgermeisteramt überfallen und mit einem Hammer mißhandelt, weil Knaf mit einer seitens des Bürger-meisters gegen ihn getroffenen amtlichen Entscheidung nicht zufrieden war. Knaf erhielt damals eine empfindliche Frei-heitsstrafe, die er teilweise verbüßte, während ihm der Rest bedingt erlassen wurde. Bald nach seiner Rückkehr geriet er wegen der ihm unzureichend scheinenden Erwerbslosenunter-

stützung mit dem jetzigen Bürgermeister Hildner in Streit und nannte ihn öffentlich einen „Lumpen“, „Stromer“ und „Schieber“. Auch stellte er die unsinnige Behauptung auf, Bürgermeister Hildner habe ihn damals zu dem Mordtat auf seinen Vorgänger angestiftet. In der Gerichtsverhandlung stellte es sich heraus, daß an den Schwärzereien des Knaf kein wahres Wort war. Bürgermeister Hildner wurde vollständig rehabilitiert, Knaf aber durfte für seine bodenlos dummen Niedertrien über vier Monate Gefängnis antizipieren.



Die Darlehen.

Unsere Tafel zeigt eine bildliche Darstellung der Darle-hen in den ersten fünf Jahren und ihre Zusammen-setzung aus den einzelnen Posten. Im fünften erreichen die Zahlungen bekanntlich die volle Höhe.

Nur 1.75 Mk.
pro Monat kostet das Abonnement
unserer Zeitung einschl. Trägerlohn.

Wegen Platzmangel verkaufe ich einen Posten

Teppiche u. Bodenbeläge

von Mark 10.— an

sowie komplette Schlafzimmer mit Rohhaarmatratzen u. v. Einzelmöbel Kleiderchränke, Waschkommoden mit Marmor, Sofa, Sessel, Tische und ein Speisezimmer

zu jedem annehmbaren Preise. (630)

G. Plate
Savon-Hotel
 Kisseleffstr. 9, (part.)

Vollmilch

Ltr. 28 Pfg.

la Blut- und Leberwurst 1/4 Pfd. 25 Pfg.

la Fleischwurst 1/4 Pfd. 38 Pfg.

Schinken roh 1/4 Pfd. 70, gekocht 75 Pfg.

Schöne Oberhess. Handkäse 10 Stck. 68 Pfg

628) Peter Holler, Luisenstr. 2

Kinder-

Seite
 Schwämme
 Lätzchen
 Windeln

Karl Ott G. m. b. H.

468) Lieferant aller Krankenkassen.

Kostenlose Feuer- bestattung

ohne jede Wartezell gegen ge-ringe Monatsbeiträge, gewährt die Deutsche Feuerbe-stattungskasse „Flamme“

Auskunft erteilt Herr Gustav Ladeke, Bad Homburg, Wal-senhausstrasse 4.
 Verein für Feuerbestattung e. V. für Bad Homburg und Umgegend, 212

Wir geben ab heute unseren Abonnenten auf eine sog.

„kleine Anzeige“ oder „Familienanzeige“ einen Rabatt von

50%

Die Redaktion.

Der deutsche Rundfunk

die größte Funkzeitschrift, bringt alle Pro-gramme und großen Unterhaltungs- und Bastlerteil. Nur 50 Pf. jede Woche. Abon-nementsbestellung bei jedem Briefträger
 Probenummern kostenlos vom Verlag Berlin M 24

Heirat

will wohl bedacht sein! Eine Ehe ohne Gasge-rät für die Haushaltsführung ist ein Wagnis.
 — Fragen Sie das Gaswerk. —

Zelluloid-Haarschmuck

repariert schnell, gut, billig
 Baum, Friseur
 Waisenhausstr. 2

Verantwortlich für den politischen, Handels- und so-talen Teil Kurt Ebbke, für Inserate Christof Dicken-scheid beide in Homburg.

Empfehle

täglich frisch
 la Kopfsalat
 Blumenkohl,
 frische Tomaten,
 nur
 Maltakartoffeln,
 la Sauerkraut
 und Salzgurken
 sowie:
 alle Sorten
 Gemüse.

Ferd. Lipp
 Löwengasse 3
 Tel. 1109

Gummi u. Stoff

Leibbinden
 Hüftformer
 Bästenhalter
 Lieferant der Krankenkassen
 fachmännische Bedienung.
 Corsetten-Spezial-Geschäft
Käthe Abel
 Laden Luisenstr. 96 Laden

Fischmarinaden
 und
Räucherwaren
 stets frisch u. preiswert
W. Held Tel. 58
 Marktlaben (74)

Albert Koch
 Bad Homburg v. d. H.
 Hinter den Rahmen 51
 Fabrikation sämtlicher
 Besen-, Bürsten- u. Pinsel-
 waren für den Haushalt u.
 Industrie.
 Reparaturen in Bohner
 217 werden sorgfältig
 ausgeführt

Soldaten-Lieder Potpourri

Ueber 23 der beliebtesten deutschen

Soldatenlieder

mit beigefügter Textstrophe zum
 Mitsingen v. H. Gannemann
 Klavier 2 hdb. Mf. 2.- Viol. u. Klavier Mf. 2.50
 Salon-Crsh. Mf. 3.- Blasinstrument Mf. 4.-
 Texte zum Mitsingen Mark 0.05

Frische, fröhliche Klänge für Wanderungen
 Ausflüge und Klubabende.

zu beziehen durch jede Musikalienhandlung

P. J. Tonger

Musikverlag Köln a. Rh.

Berücksichtigt bei Einkauf Eurer
 Waren stets die Inserenten unserer
 Zeitung.